

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis	19
A Einleitung.....	24
I. Anlass der Untersuchung	24
II. Gang der Untersuchung	28
B Schuldgrundsatz im Zivilrecht	30
I. Verfassungsrechtliche Grundlage und strafrechtliche Bedeutung	30
1. Inhalt des Schuldgrundsatzes	30
2. Rechtliche Grundlage des Schuldprinzips.....	32
3. Strafrecht als Hauptanwendungsfall des Schuldprinzips	33
4. Juristische Personen als Adressaten staatlicher Strafen?.....	35
II. Geltung im Zivilrecht.....	36
1. Geltung bei strafähnlicher Wirkung.....	37
2. Geltung des Schuldprinzips bei § 890 ZPO	38
3. Keine Beschränkung auf staatliche Maßnahmen.....	39
4. Bedeutung im Schadensrecht	40
C Strafbestimmungen der Sportverbände	43
I. Verbandsstruktur der Sportverbände	43
1. Organisation des Fußballsports.....	43
2. DFB als Idealverein	45
II. Vereinsstrafen, Verschulden und Zweck	46
1. Begriff und Voraussetzungen einer Vereinsstrafe.....	47
2. Verschuldenserfordernis.....	49
3. Zweck der Vereinsstrafe	51

III.	Rechtliche Einordnung von Vereinsstrafen	52
1.	Ausfluss der Vereinsautonomie.....	52
2.	Vertragstheorie	53
3.	Differenzierende Auffassung.....	55
4.	Würdigung.....	55
a.	Rechtsnatur der Vereinssatzung	55
(1)	Ablehnung einer reinen Normtheorie.....	55
(2)	Argumentationen in der Literatur und Rechtsprechung.....	56
(3)	Keine Vergleichbarkeit mit Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung	57
(4)	Vorteile der modifizierten Normentheorie	58
(5)	Bedeutung für die Rechtsnatur der Vereinsstrafe.....	59
b.	Bezeichnung als Vertragsstrafe	59
c.	Prüfungsumfang der Gerichte.....	60
(1)	Entwicklung des gerichtlichen Prüfungsumfangs.....	60
(2)	Bedeutung für die Einordnung der Vereinsstrafe als eigenständiges Rechtsinstitut des Vereinsrechts	62
IV.	Die Regelung des § 9a i. V. m. § 1 Nr. 4 DFB-RuVO	64
1.	Die konkreten Regelungen	64
2.	Regelungsinhalt und -zweck.....	66
a.	Zuständigkeit für die Verhängung der Vereinsstrafen	67
b.	Bei Zuschauerausschreitungen relevante Strafarten.....	67
c.	Zweck der Regelung und Voraussetzungen	68
d.	Vergleichbarkeit mit Gefährdungshaftung?	69
V.	Zusammenfassung der Ergebnisse	70
D	Beschluss des BGH vom 4. 11. 2021 – I ZB 54/20.....	72
I.	Sachverhalt und Verfahrensgang vor den ordentlichen Gerichten.....	72
II.	Prozessuale Rahmenbedingungen	74
1.	Die Norm des § 1059 ZPO.....	75
a.	Vorliegen eines Schiedsspruches.....	75
b.	Vorliegen eines Aufhebungsgrundes	77
c.	Schuldprinzip als Teil des <i>ordre public</i>	79
2.	Urteil des ständigen Schiedsgerichts für die 3. Liga beim DFB als Schiedsspruch.....	80
III.	Entscheidung des BGH.....	81
1.	Ausführungen zur Anwendbarkeit des Schuldprinzips.....	82
2.	Differenzierung nach Verwendungszweck der Strafe	83
3.	Bezeichnung in der Satzung	84

4. Anknüpfung in der Vergangenheit	84
5. Zweck der Maßnahme	85
6. Rechtsprechung des CAS	86
7. Begründung des OLG Frankfurt a. M.	87
IV. Kritische Würdigung	87
1. Umfang der Begründung der präventiven Wirkung	88
2. Präventive Wirkung bei ausdrücklich festgesetztem präventivem Zweck	89
3. Bezeichnung in der Satzung	90
a. Keine zwingende Bedeutung des Wortlauts	90
b. Typische Bedeutung des Wortlauts	91
c. Bedeutung für die Begründung des BGH	91
4. Anknüpfung an abgeschlossenen Sachverhalt	92
a. Typischerweise abgeschlossener Sachverhalt	92
b. Bedeutung der Tatsachen für eine Gefahrenprognose	92
c. Repressive Wirkung neben präventiver Wirkung	93
d. Keine fortbestehende Störung der Rechtsordnung.....	94
e. Bedeutung für die Begründung des BGH	95
5. Rechtsprechung des CAS	95
a. Widerspruch zur Bedeutung des BGH	96
b. Strukturelle Defizite des CAS	96
c. Bedeutung für die Entscheidungsgründe	97
6. Zweck der Maßnahme	98
a. Die Richtlinien für die Arbeit des DFB-Kontrollausschusses.....	98
(1) Grundlagen der Richtlinien	98
(2) Vergleich zur Berücksichtigung der Gesetzesbegründung bei der Auslegung von Gesetzen?.....	99
(3) Bedeutung für die Entscheidungsgründe	100
b. An Zuschauer adressiertes Unwerturteil	101
c. Anreizfunktion der Geldstrafe	104
(1) Richtlinien als Mindestvorgaben?.....	104
(2) Inhalt der Richtlinien	104
(3) Gesamtkonzept des DFB als Maßstab der erforderlichen Maßnahmen	105
(4) Bedeutung für die Anreizfunktion	106

d. Feststellung der Identität der Täter für Regressforderungen.....	106
(1) Anreiz durch Anspruchssicherung.....	107
(2) Kritik	107
(3) Bedeutung für die Anreizfunktion und präventive Wirkung der Geldstrafe	109
e. Hinweisfunktion gegenüber den Tätern.....	109
7. Exkurs: Kartellrecht	111
8. Zusammenfassung der Ergebnisse	113
 E Geldstrafen als repressive strafähnliche Maßnahmen.....	114
I. Prüfungsmaßstab	114
II. Wortlaut der Rechtsgrundlagen	115
1. Verwendung des Begriffes der »Strafe«.....	115
2. Verwendung des Begriffes des »Verhängens«	116
3. Regelung einer Strafaussetzung zur Bewährung	117
4. Widerspruch zwischen Bewährung und vermeintlich präventivem Zweck	118
5. Regelung einer Versuchsstrafbarkeit.....	119
6. Zwischenergebnis.....	119
III. Systematik der Strafbestimmungen	119
IV. Zweck der Geldstrafe.....	120
1. Auslegungskriterien	121
a. Bedeutung des Empfängerhorizonts	121
b. Vergleich mit dem Polizeirecht	122
2. Auslegung der Rechtsgrundlage der Geldstrafe	123
a. Empfängerhorizont	123
b. Ausdrückliche Anordnung eines präventiven Zwecks	124
c. Bedeutung der Richtlinien für die Arbeit des DFB-Kontrollausschusses.....	125
d. Bedeutung des Vereinszwecks.....	125
e. Keine zusätzlichen präventiven Maßnahmen ersichtlich	127
f. Mögliche Erklärung der Einordnung als rein präventiv	128
g. Abwägung der widerstreitenden Interessen	129
h. Anreizfunktion durch Berücksichtigung eines Verschuldens.....	129
i. Zwischenergebnis.....	130

3. Bezeichnung als präventiv als Grundlage für die präventive Wirkung	131
4. Zwischenergebnis.....	132
V. Ähnlichkeit des Verfahrens zum Strafverfahren.....	132
1. Anklage als Einleitung des Verfahrens	132
2. Anwendung von Regelungen des Strafprozesses.....	133
3. Bedeutung für die Wirkung der Geldstrafe.....	134
VI. Rückschluss aus der Verhältnismäßigkeit.....	134
1. Grundlagen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und Rückschluss auf Wirkung der Geldstrafe	135
2. Geeignetheit der Geldstrafe.....	136
a. Auffassung des BGH	136
b. Widerspruch zu der Realität in den Fußballstadien	136
c. Bedeutung für die Geeignetheit der Geldstrafe und deren Wirkung	137
VII. Fall Markus Anfang	138
1. Sachverhalt und Urteilsbegründung.....	139
2. Bedeutung für die Geldstrafe bei Zuschauerausschreitungen	140
a. Wirkung der Geldstrafe neben der Sperre	140
b. Vergleich zu neben Wettbewerbsausschluss verhängter Geldstrafe	141
c. Repressive Wirkung der Geldstrafe auch ohne Sperre	142
d. Rückschluss auf Geldstrafe bei Zuschauerausschreitungen	142
VIII. Regressmöglichkeit	143
1. Sachverhalt	143
2. Anspruchsgrundlagen.....	143
a. Schadensersatz aus Vertrag.....	144
(1) Allgemeine Haftungsvoraussetzungen	144
(2) Schutzzweckzusammenhang und Schaden.....	145
b. Schadensersatz aus Delikt.....	146
c. Würdigung	147
3. Bedeutung für die Wirkung der Geldstrafe.....	148
IX. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	149
F Ausnahmen von dem Verschuldenserfordernis	150
I. Analogie zur Gefährdungshaftung.....	151
1. Grundgedanke der Gefährdungshaftung	151
2. Fehlendes Schadenserfordernis bei § 9a DFB-RuVO.....	152

3. Enumerationsprinzip der Gefährdungshaftung.....	152
4. Weitere Argumente gegen die Analogie	154
II. Analogie zu § 1004 BGB	155
1. Begründung über § 1004 BGB analog	155
2. Kritik	157
a. Keine fort dauernde Störung	157
b. Widerspruch zu den Rechtsfolgen des § 1004 BGB	158
c. Verein nicht Störer im Sinne des § 1004 BGB	158
III. Analogie zum öffentlichen Recht.....	159
1. Vergleich zum Gefahrenabwehrrecht.....	160
2. Keine polizeirechtliche Verantwortlichkeit der Vereine	160
a. Auffassung des VG Hamburg	160
b. Keine Handlungs- oder Zustandsverantwortlichkeit der Vereine.....	161
c. Verein nicht Zweckveranlasser	162
d. Inanspruchnahme als Nichtstörer.....	163
3. Inanspruchnahme als Kostenschuldner.....	163
4. Bedeutung für die Vereinsstrafen	164
a. Kein inhaltlicher Vergleich zum Polizeirecht möglich	164
b. Insbesondere keine Analogie zu § 4 IV BremGebBeitrG	165
IV. Rechtsfolge für die Regelung des § 9a DFB-RuVO.....	166
 G Begründung einer Verschuldenshaftung.....	167
I. Verschulden bei Zuschauerausschreitungen	167
II. Lösung über Verkehrssicherungspflichten	169
1. Verkehrssicherungspflichten.....	169
2. Rückschluss auf Fahrlässigkeit	171
a. Differenzierung zwischen Verkehrssicherungspflicht und Fahrlässigkeit	171
b. Identität von Fahrlässigkeit und Verkehrssicherungspflicht	172
c. Bedeutung für die Haftung der Vereine	172
III. Verschuldenszurechnung bzw. Haftung für Dritte	173
1. Erfüllungsgehilfe gem. § 278 BGB	174
a. Direkte Anwendbarkeit des § 278 BGB?	174
b. Analoge Anwendbarkeit	175
2. Verrichtungsgehilfe.....	176

3. Zurechnung über § 166 I BGB analog.....	177
a. Unmittelbarer und analoger Anwendungsbereich der Norm.....	177
b. Anwendung auf die verschuldensunabhängige Haftung der Vereine?	178
IV. Zurechnung über § 9a Nr. 1 DFB-RuVO	179
1. Begriff der Anhänger und Zuschauer	180
2. Fehlende rechtliche Merkmale.....	181
a. Vergleich zu den Regelungen des BGB	181
b. Fehlende Grundlage für die Zurechnung des Zuschauerverhaltens	182
3. Vorsätzliches Handeln als Zurechnungsausschluss	183
a. Ableitung aus der Stadionordnung	184
b. Vergleich zu § 278 BGB und § 831 BGB.....	184
4. Problem der Fanfreundschaften.....	185
5. Bedeutung für die Regelung des § 9a DFB-RuVO	186
V. Zusammenfassung der Ergebnisse	186
 H Rechtsvergleichende Betrachtung des schweizerischen Rechts	188
I. Fußballverbände als Vereine und Regelung von Vereinsstrafen	190
1. Anwendbarkeit des Vereinsrechts auf Fußballverbände.....	190
a. Ideeller Zweck	190
b. Rein wirtschaftlicher Zweck des Vereins	191
c. Anwendbarkeit auf Fußballverbände	192
2. Statuten des Vereins	193
a. Verhältnis zum Gesetzesrecht, Auslegung und Observanz	194
b. Funktionen der Satzung	194
3. Regelung von Vereinsstrafen und mögliche Vereinsstrafen in der Satzung	195
a. Begriff und Arten der Vereinsstrafe	196
b. Satzungsgrundlage.....	196
II. Verschuldensprinzip bei Verbandsstrafen	197
1. Rechtsnatur der Verbandsstrafen	198
a. Geldbuße als Konventionalstrafe	198
b. Analoge Anwendung der Bestimmungen über Konventionalstrafen.....	200
c. Strafrechtliche und strafprozessuale Grundsätze.....	201
d. Auffassung eines schweizerischen Schiedsgerichts	202
e. Würdigung	203

2. Zulässigkeit der verschuldensunabhängigen Haftung	204
a. Argumentation CAS – Erst-Recht-Schluss.....	205
b. Argumentation des CAS – Verbandszweck	207
c. Verschuldenserfordernis bei Zuschauerausschluss.....	208
d. Fehlverstandene Kausalhaftung	209
e. Auf <i>Riemer</i> verweisende Argumentation von <i>Haas/Jansen</i>	210
f. Dispositive Regelung des Art. 163 II OR	211
(1) Regelungsinhalt des Art. 163 II OR.....	211
(2) Begriff der Unmöglichkeit	212
(3) Weites Verständnis des Art. 163 II OR.....	213
g. Verschuldensprinzip als Grenze	213
(1) Zwingende Geltung des Verschuldensprinzips?.....	214
(2) Verschuldensprinzip kein wesentlicher Grundsatz des schweizerischen Rechts?	214
(3) Würdigung	215
(4) Bedeutung für die Argumentation über Art. 163 II OR	216
3. Fazit	217
III. Rückschluss auf die Rechtslage in Deutschland	218
1. Vergleich zur Rechtslage in Deutschland.....	218
a. Dogmatische Grundlagen der Verbandsstrafen im Vergleich.....	218
b. Unterschiede zwischen den beiden Rechtslagen.....	219
c. Schnittstelle zur Rechtsprechung des BGH.....	220
2. Bedeutung für die hier vertretene Ansicht	221
a. Übertragung der Lösung über Art. 163 II OR ins deutsche Recht	221
b. Bestätigung der repressiven Wirkung der Geldstrafe	222
3. Zusammenfassung der Ergebnisse	222
IV. Fazit.....	223
 I Rechtsvergleichende Betrachtung des österreichischen Rechts.....	225
I. Rechtslage in Österreich.....	225
1. Vereinsstrafe in Österreich	226
a. Rechtsnatur der Vereinsstrafe.....	226
b. Verschuldensprinzip	228
2. Abdingbarkeit des Verschuldenserfordernisses	230
a. Keine zwingende Geltung des Verschuldensprinzips	230
(1) Verweis auf staatliches Verbandsstrafrecht.....	230

(2) Präventive Wirkung der Strafe	231
(3) Gesamtanalogie zur österreichischen Gefährdungshaftung	233
b. Unzulässigkeit der verschuldensunabhängigen Haftung	234
3. Würdigung	235
II. Regelungen des ÖFB	237
1. Inhalt der Regelungen	237
2. Analyse der ÖFB-Regelungen	238
a. Wortlaut der Regelungen	238
b. Systematik der Verbandsstrafenregelungen	239
c. Beweis des Gegenteils bei Anhängern des Gastvereins	240
3. Würdigung der Regelungen des ÖFB	241
III. Vergleich zur deutschen Rechtslage	242
1. Übereinstimmungen und Unterschiede	242
2. Bedeutung für die Zulässigkeit der strict liability in Deutschland ..	243
3. Bedeutung für die Regelungen des DFB	245
 J Alternativen zur verschuldensunabhängigen Haftung	246
I. Regelung einer Beweislastumkehr	247
1. Ausgangspunkt Beweislastverteilung	247
2. Zurechnung des Zuschauerverhaltens	249
3. Effektivität der Regelung	249
4. Umsetzung der Regelung	251
5. Formulierungsvorschlag	252
II. Anscheinsbeweis hinsichtlich des Verschuldens der Vereine	253
1. Allgemeine Grundsätze des Anscheinsbeweises	253
2. Anscheinsbeweis bei Zuschauerausschreitungen	254
a. Vergleich zu sonstigen Fällen des Anscheinsbeweises	255
b. Vergleich zum Anscheinsbeweis bei Doping	255
c. Typischerweise Geschehensablauf	256
d. Bedeutung für die Beweisführung	256
3. Effektivität und Neufassung des § 9a DFB-RuVO	257
III. Unterwerfung des Zuschauers unter die Strafgewalt des Verbands ..	258
1. Regelungsbedürfnis und -möglichkeit	258
a. Vertragsschluss mit dem Verband	259
b. Vertragsschluss zwischen Verein und Zuschauer	259

2.	Rechtliche Zulässigkeit der Regelung	260
a.	Anwendbarkeit der AGB-Regelungen.....	260
(1)	Keine AGB-Kontrolle aufgrund eines Vergleiches mit dem AGBG?	260
(2)	Kein Ausschluss über § 310 IV 1 BGB	261
b.	Einbeziehungskontrolle.....	262
c.	Überraschende Klausel	263
(1)	Ausführungen von <i>Orth</i>	263
(2)	Mögliche Kritik.....	264
(3)	Würdigung.....	264
d.	Inhaltskontrolle.....	265
(1)	§ 309 Nr. 6 BGB	265
(2)	Inhaltskontrolle gem. § 307 I, II BGB.....	266
(3)	Benachteiligung des Vertragspartners.....	267
(4)	Unangemessenheit der Benachteiligung.....	267
3.	Zwischenergebnis.....	269
IV.	Vertragsstrafe zugunsten des DFB	269
1.	Vertragsstrafenversprechen zugunsten Dritter.....	270
2.	Umfang des Regelungsbedürfnisses	271
3.	Rechtliche Zulässigkeit.....	271
a.	Einbeziehung der Klausel	272
b.	Angemessenheit der Klausel	272
(1)	Angemessenheit allgemein.....	272
(2)	Transparenz gem. § 307 I 2 BGB	273
4.	Formulierungsvorschlag	274
V.	Fazit	274
K	Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchung und Ausblick ...	275
I.	Wesentliche Thesen.....	275
II.	Ausblick	288
1.	Tatsächliche Entwicklungen.....	289
Literaturverzeichnis.....	291	
Zum Autor	308	